

Sofortinformation über die digitale Beratung des Parteirates der Partei Die Linke am 11./12. Oktober 2025

Der Parteirat kam am 11./12. Oktober, nachdem am 15. September 2025 eine außerordentliche digitale Beratung stattfand, in Berlin zu seiner dritten regulären Beratung in diesem Jahr zusammen.

Nach Feststellung der Beschlussfassung und Nennung aller relevanten Vorlagen zur Beratung berichtete Gunhild Böth für das Präsidium. Wie gehabt nahmen die Präsidiumsmitglieder abwechselnd an allen stattgefundenen Beratungen des Parteivorstandes teil und auch beim vergangenen Nahost-Fachgespräch wurde sich eingebracht und der Parteirat entsprechend vertreten. Zu zweitem lag den Parteiratsmitgliedern eine Informationsvorlage vor, die sie zur Kenntnis nahmen. Auch die Mietenkampagne, die Anlass für die Sonderberatung am 15. September war, wurde noch einmal thematisiert. So wiesen die Parteiratsmitglieder den Parteivorstand noch einmal darauf hin die Satzung bezüglich bundesweiter Kampagnen zu berücksichtigen und den Parteirat entsprechend frühzeitig in Vorhaben zu diesen einzubeziehen. Zudem wiesen die Präsidiumsmitglieder in jeder Parteivorstandsberatung darauf hin, dass der dieser bisher nicht in der vorgesehenen Stärke an den Beratungen des Parteirates teilnahm.

Zum zweiten Tagesordnungspunkt wurde der Parteivorstand gebeten zu den Punkten:

- Programmprozess
- Mitgliederentwicklung und Mitgliederbefragung und
- Auswertung der Demonstrationen am 27. September (Gaza) und 3. Oktober (Nie wieder Krieg!)

zu berichten. Bundesgeschäftsführer Janis Ehling und Parteivorsitzende Ines Schwerdtner lieferten den Input. Der Programmprozess befindet sich derzeit in seiner Grundlagenphase, eine Programmkommission und ihre Unterarbeitsgruppen werden personell besetzt und nehmen dann ihre Arbeit auf. Ab dem 2. Quartal 2026 beginnt die Debattenphase innerhalb der Partei. Kernthemen werden und sollen Kapitalismus, Rechtsruck, eine Oststrategie, die sozial-ökologische Transformation und eine solidarische Migrationsgesellschaft sein. Die finalen Ergebnisse sollen auf einem Parteitag im 4. Quartal 2027 präsentiert und anschließend durch einen Mitgliederentscheid bestätigt werden. Zum Programmprozess wurden vom Parteirat außerdem zwei Informationsvorlagen von Benjamin Immanuel Hoff und Thorben Peters zur Kenntnis genommen.

An der Mitgliederumfrage beteiligten sich 11.548 Mitglieder. Ziel der Umfrage war herauszufinden, für welche Themen sich unsere Mitgliedschaft besonders interessiert und inwieweit sich unsere (Neu-)Mitglieder vorstellen können, das Parteigeschehen aktiv mitzugestalten. Die detaillierte Auswertung wurde den Parteiratsmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Zur Demonstration „Nie wieder Krieg!“ mobilisierten wir mit einer Bilderstrecke auf den social media Plattformen Threads, Twitter, Instagram und Facebook. Auf allen Kanälen wurden die Beiträge überdurchschnittlich viel geliked, geteilt und kommentiert und zeigten sich reichweitenstark. An der Demonstration nahmen ca. 40.000 Menschen teil, gerechnet hatte das Bündnis mit 10.000.

Die Arbeit im Bündnis zur Gaza-Demo am 27. September gestaltete sich streckenweise schwierig und muss noch einmal aufgearbeitet werden. Die Demo selbst war ein Erfolg und ein wichtiges Statement, so nahmen über 100.000 Menschen an ihr teil.

Auch beim nächsten Tagesordnungspunkt wurde der Parteirat über aktuelle Themen und Arbeitsstände in Kenntnis gesetzt, eingeladen waren hier nämlich Vertreter*innen aller Fraktionen. Für die Bundestagsfraktion sprachen MdB und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Desiree Becker und Jan Richter als Mitarbeiter des Fraktionsvorstandsbüros. Themen waren die Fachausschüsse, der Antrag zur Neufassung der Geschäftsordnung des Bundestags von CDU/CSU und SPD, die Arbeit im Fraktionsvorstand, Merz' „Herbst der Reformen“, der Personalaufbau innerhalb unserer Fraktion und die Mietenkampagne.

Konstantin Bender nahm als Koordinator der Fraktionsvorsitzendenkonferenz an der Beratung des Parteirates teil und berichtete von vergangenen Beratungen der Konferenz. Er soll auch in Zukunft im Auftrag der Fraktionen an den Beratungen teilnehmen. Die Fraktionsvorsitzenden werden dennoch gebeten, eine Teilnahme an künftigen Parteiratsberatungen nach Möglichkeit einzurichten, da sie dem Parteirat, nach der letzten Satzungsänderung des Parteitags, mit beratender Stimme als feste Delegierte angehören.

Für die Gruppe im Europäischen Parlament sprach MdEP Martin Günther, der nach dem Rücktritt von Carola Rackete in das Europaparlament nachrückte. Inhaltliche Themen seines Berichtes waren der Umgang mit den rechten Fraktionen im Europaparlament, die Vorhaben das Lieferkettengesetz in der EU für (kleine/re) Unternehmen abzuschwächen und der ungarische Antrag die Immunität der italienischen Europaabgeordneten und antifaschistischen Aktivistin Ilaria Salis aufzuheben.

Schriftliche Berichte zu diesem Tagesordnungspunkt lagen dem Parteirat aus Sachsen, Hamburg und von der Bund-Länder-Koordinatorin der Bundestagsfraktion vor. Aus Berlin wurde ein schriftlicher Bericht angekündigt, der zur Beratung nicht vorlag. Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen ließen sich entschuldigen, aus Bremen gab es keine Rückmeldung.

Im zweiten Teil des ersten Beratungstages kam der Parteirat seiner Aufgabe nach die Mandate in der Europäischen Linken zu besetzen bzw. sein Vorschlagsrecht in Anspruch zu nehmen. So schlägt der Parteirat dem Kongress der Europäischen Linken vor, Helmut Scholz in das politische Sekretariat und Marika Tändler-Walenta und Martin Günther in den Vorstand der Europäischen Linken zu wählen. Durch diesen Vorschlag sind die drei automatisch auch als Delegierte für den EL-Kongress gewählt. Im weiteren Verlauf wurden Kathrin Flach Gomez, Konstanze Kriese, Natalie Maurer, Alexandra Mehdi, Maria Lara Moubarak, Carsten Labudda, Markus Pohle, Ulrich Thoden und Malte Fiedler als weitere Delegierte gewählt. Ersatzdelegierte wurden Martina van Holst, Alex Wischnewski, Kostis Benning und Tobias Woelki.

Am Morgen des zweiten Beratungstages begrüßte der Parteirat den Landesgeschäftsführer aus Nordrhein-Westfalen Sebastian Merkens, der sich digital zuschaltete, um von den vergangenen Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen zu berichten. Die Linke NRW hat bei den Wahlen ihr bisher bestes Ergebnis eingefahren, 8 Direktmandate geholt und eine Fraktionsstärke in 25 Städten/Gemeinden erreicht. Die Vielfalt an Wahlkampfmethoden und –strategien hat sich ausgezahlt, nun geht es darum Strukturen auf- und auszubauen, Mandatsträger*innen zu unterstützen und die Aufgaben im Landesverband neu zu verteilen.

Den kritischen Bericht der Bundesfinanzrevisionskommission auf dem vergangenen Chemnitzer Parteitag nahm das Parteipräsidium zum Anlass einen Tagesordnungspunkt zum Austausch über die finanzielle Lage der Partei einzuplanen. Zu diesem wurden Bundesschatzmeister Sebastian Koch und Gisela Wedekind aus der Bundesfinanzrevisionskommission begrüßt. Sie informierten darüber, dass der extreme Mitgliederzuwachs zwar auch einen Zugewinn an finanziellen Mitteln bedeutet, es im Großen und Ganzen aber dennoch ein Finanzierungsproblem der Partei gibt. Grund sind unter anderem die steigenden Kosten für das Durchführen von Parteitagen und anderen Veranstaltungen sowie die stetig steigenden Personal- und Sachkosten, während die Einnahmen trotz des Zuspruchs in der Gesellschaft stagnieren. Die Rücklagenentwicklung ist negativ und die Prognose düster, haushalten wir ungehalten weiter wie gehabt, so sind die Rücklagen im Jahr 2029 in Gänze aufgebraucht. Um dem entgegenzuwirken sind eine Reform des Länder-Finanz-Ausgleichs und eine Fundraisingstruktur geplant. Desweiteren sollen Kosten für Parteitage und ähnliche Aktivitäten reduziert werden. Da die Parteimitglieder zur Thematik erhöhten Debattenbedarf signalisierten wird es auch auf der Beratung im November einen Tagesordnungspunkt zu den Finanzen der Partei geben.

Dem Parteirat obliegt das Recht, bundesweite Zusammenschlüsse anzuerkennen, auch wenn sie die in der Satzung festgelegten Kriterien (noch) nicht erfüllen. Er ist angehalten diese Anerkennungen alle 2 Jahre zu überprüfen. In der Vergangenheit ist diese Überprüfung nicht regelmäßig erfolgt, weshalb es hier die Bemühungen gibt, sich der Zusammenschlüsse strukturierter zu widmen, gerade weil sich aufgrund des Mitgliederzuwachses neue Zusammenschlüsse bilden oder brachliegende Zusammenschlüsse wiederbelebt werden. Deshalb hat der Parteirat als Orientierung für die Zusammenschlüsse Mindestkriterien für die Anerkennung beschlossen und bittet diese nun ihre Anerkennung zur Beratung am 29./30. November neu zu beantragen. Eine entsprechende Informationsmail wird diese Woche noch an die Zusammenschlüsse versandt.

Zuletzt fasste der Parteirat nach Feststellung der Dringlichkeit noch einen Beschluss zu den angekündigten Sozialkürzungen, die das Kabinett von CDU/CSU und SPD vorschlägt und nahm zur Kenntnis, dass zu selben Zeit am zweiten Beratungstag in Hamburg zwei Volksentscheide (Testphase Bedingungsloses Grundeinkommen, Aktualisierung des Klimaschutzgesetzes), die Die Linke unterstütze, zur Abstimmung standen.

Die nächste Beratung findet am 29./30. November 2025 digital statt, eine eintägige Beratung wird angestrebt.

14. Oktober 2025

Präsidium des Parteirates:

Gunhild Böth, NRW

Mandy Eißing, Thüringen

Cornelia Swillus-Knöchel, BAG LISA

Martin Günther, Brandenburg

Lars Hilbig, Forum Demokratischer Sozialismus

Hermann Schaus, Hessen